



Anlage zum Antrag auf Zuweisung von Zahlungsansprüchen

Art. 30 Abs. 7 c) VO (EU) Nr. 1307/2013
(Höhere Gewalt oder außergewöhnliche Umstände)

HESSEN



0 6 9 9 9

Unternehmensident

0 6 0 0 0

Personenident

Eingangsstempel

Name/Vorname/ggf. Unternehmensbezeichnung

- Ich/Wir konnte/n 2015 aus Gründen höherer Gewalt oder außerordentlicher Umstände (z.B. wegen Krankheit) keine ZA erhalten und beantrage/n in 2019 die Zuweisung von Zahlungsansprüchen aus der nationalen Reserve, da die Umstände der höheren Gewalt/außergewöhnlicher Umstände seit frühestens 16.05.2018 weggefallen sind.

Erläuterung der Gründe von höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände (ggf. Zusatzblatt anhängen):

Ganz oder teilweise nicht erfüllte Bedingung	Ereignis	Beigefügte Nachweise
	<i>Bsp. Krankheit</i>	<i>Ärztliches Attest</i>

- Aufgrund eines Falles höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände zum Zeitpunkt der Antragstellung hatte/n ich/wir nicht beihilfefähige oder mir/uns am 15.05.2015 nicht zur Verfügung stehende Flächen im Flächennutzungsnachweis 2015 ausgewiesen (Codierung der Fläche mit Code 992 lt. Codeliste A zum Gemeinsamen Antrag). Die Flächen stehen mir am 15.05.2019 wieder zur Verfügung und sind das gesamte Jahr 2019 beihilfefähig. Ich/Wir beantrage/n daher für die mit einem „R“ lt. Codeliste B gekennzeichneten Flächen die Zuweisung von Zahlungsansprüchen.

Unterschrift

Ich/Wir bestätige/n, dass die von mir/uns gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragsteller/s/in oder des/r Vertretungsbevollmächtigten

Bearbeitungsvermerk (nur von der Behörde auszufüllen)

PEB vollständig		DV-Eingabe		Visueller Abgleich	
-----------------	--	------------	--	--------------------	--